



Meinung ungeschminkt

«Globaler Pakt für Migration» – Schwarz auf Weiss: Es gibt kein Zurück!



Der „Globale Pakt für Migration“ der UN, auf den sich 190 Länder am 13.7.2018 geeinigt haben und der am 10./11. Dezember heurigen Jahres ratifiziert (unterzeichnet) werden soll, lässt nichts Gutes ahnen. Droht Europa mit der Öffnung aller Grenzen, dem Zugang zu den Sozialsystemen für alle, und mit Maßnahmen gegen Kritik an diesen Vorgehensweisen eine neue Tyrannei? Wird damit die endgültige Zerstörung unserer abendländischen Kultur eingeläutet? Auch eine Vermischung von Völkern wird unumkehrbar und somit endgültig sein.

Am 13. Juli 2018 haben sich mehr als 190 Länder darauf geeinigt, am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch den «Globalen Pakt für Migration» der UN zu ratifizieren (= unterzeichnen, in Kraft zu setzen). Dass diese Einigung ausgerechnet am Wochenende des Finales der diesjährigen Fussballweltmeisterschaft zustande kam, war wohl kein Zufall. Geht es doch dabei um nichts Geringeres als 1. um die globale, formale Abtretung nationaler Souveränität der einzelnen Staaten an den künftigen UN-Superstaat, 2. die Auflösung demokratischer Gesellschaftsstrukturen und 3. die einheitliche Strategie zur Unterdrückung, Verfolgung und Bekämpfung derjenigen Stimmen, die sich kritisch dagegen äußern! Ja, dieser Pakt darf wohl ohne geringste Übertreibung als eine der wichtigsten Etappen auf dem Weg in die Tyrannei bewertet werden: Die nationalen Grenzen der Staaten werden künftig für alle Menschen geöffnet, unabhängig deren Herkunft, Kultur und Anzahl. Und unabhängig der daraus resultierenden Konsequenzen für die heimische Bevölkerung bleiben diese Grenzen auch offen! Gleichzeitig wird diesen Menschen im Namen der menschenrechtsbedingten Gleichheit Zugang zu den jeweiligen Sozialsystemen gewährt! Es ist langsam an der Zeit, sich zu verbildlichen, was dies für unsere Gesellschaft bedeutet! Dutzende, gar hunderte Millionen Migranten alleine in Afrika, die bereits auf dem Weg ins gelobte Europa sind oder sich in den kommenden Jahren auf den Weg zu uns machen werden. Und nein, das ist keine Panikmache, sondern die bittere Realität! Offene Grenzen ohne Risiko der Zurückweisung und regelmäßige Geldleistungen aus den Sozialkassen der arbeitenden, heimischen Bevölkerung, deren monatliche Höhe oftmals ein Jahresgehalt in der afrikanischen Heimat bei weitem übertreffen – wen verwundert es da, wenn laut Gallup, einem bekannten amerikanischen Markt- und Meinungsforschungsinstitut, bereits heute mehr als 30% der afrikanischen Bevölkerung, in gewissen Staaten über 50% (!), mit einer Migration nach Europa liebäugelt («desire for migration»). Dies entspricht laut Gallup bereits heute mehr als 700 Millionen (!!) «potentiellen Migranten»! Gleichzeitig tickt in Afrika eine demographische Zeitbombe kaum vorstellbaren Ausmaßes, die in den nächsten Jahrzehnten mit voller Wucht explodieren wird. Trotz medizinischen Fortschritts und dramatisch gesunkener Kindersterblichkeit blieben die Geburtenraten konstant hoch: In mehr als 20 afrikanischen Ländern sind es mehr als 5 Kinder pro Frau! Gemäss Schätzungen derselben UNO, die grenzenlose Migration und offene Grenzen postuliert, wird auf dem afrikanischen Kontinent bis im Jahr 2050 die Bevölkerung auf 2,5 Milliarden, bis 2100 auf 4,4 Milliarden explodieren. Dies kann und soll jeder selber recherchieren, der uns Panikmache unterstellt!

Wer nun einwendet, dass dieser Pakt (lat. pactum = Vertrag!) ja nicht bindend sei, der sei daran erinnert, wie perfide unsere Politiker mit sogenanntem «soft law» (engl. weiches Recht), also «nicht bindenden» Vereinbarungen, Gewohnheitsrechte vorbei an Parlament und Bevölkerung einführen, welche über die Jahre wiederum zu «harten» Gesetzen ändern! Beispiele gibt es dafür zu Genüge!

Was im Hier und Jetzt geschieht, kann weder oft noch laut genug wiederholt werden! Denn sobald dieser «nichtbindende» Pakt zu greifen beginnt und alle Staaten mit der Umsetzung dessen «Empfehlungen» beginnen, werden kritische Stimmen zu Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus umgemünzt und bald als strafbare «Hassdelikte» verfolgt und geahndet. Zur Verhinderung solcher «Hassdelikte», sprich Kritik an den Verhältnissen, werden Massnahmen «vorgeschlagen», wie wir sie nur noch von vergangenen Diktaturen her kennen. War es früher die «Partei», die Dissidenten (=Abweichler) bespitzeln, verfolgen, unterdrücken, in Gefängnisse und Umerziehungslager stecken liess, ist es heute der globale gemeinsame Kampf für die Menschenrechte, Demokratie, Humanität, Gleichheit und Toleranz, wo sachliche Kritik und Widerspruch schon bald kriminalisiert und verfolgt werden. Dieselbe Ideologie mit demselben System von Unterdrückung und Tyrannei, nur mit anderen Begrifflichkeiten.

Als letzter Akt von vielen, in einem Politstück von hunderten Jahren Dauer, wird mit diesem UN-Migrationspakt nun die endgültige Zerstörung unserer abendländischen Gesellschaft und Kultur eingeläutet. Endgültig deshalb, weil, wie es Graf Nikolaus Coudenhove-Kalergi, der höchstgelobte Gründervater der Paneuropäischen Union und damit der heutigen EU, bereits im Jahre 1925 in seinem Buch «Praktischer Idealismus» wie folgt vorhersagte: «Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen» und ersetzt durch eine «eurasisch-negroide Zukunftsrasse».

Eine Vermischung von Völkern wird unumkehrbar und somit endgültig sein, was ein jeder Blumen- oder Kaninchenzüchter bestätigen wird. Wie Kalergi im Übrigen eine solche gesellschaftliche Entwicklung voraussehen konnte, mag bei oberflächlicher Betrachtung als Zufall erscheinen. Ist es auch Zufall, dass Angela Merkel, welche durch die verfassungswidrige Öffnung der Grenzen das heutige Chaos in Deutschland erst ermöglicht hat, im Jahre 2010 ausgerechnet den Coudenhove-Kalergi-Europapreis für besondere Verdienste erhalten hat? Die letzten 100 Jahre scheinen nur so zu wimmeln vor lauter Zufällen, die, jeder für sich genommen, unabdingbare Puzzleteile in der Entwicklung zum heutigen Asylchaos darstellen. Dazu gehören nicht nur die unzähligen völkerrechtswidrigen Angriffskriege im Nahen und Mittleren Osten wie auch in Afrika und die vorsätzliche Zerstörung homogener, teils gar blühender und gut funktionierender Staaten im Namen der Demokratie und Menschenrechte. Dazu gehört auch die von allen Seiten mantramässig in unser Bewusstsein eingehämmerte historische Kollektivschuld der westlichen Gesellschaft an allem Unglück und aller Not in dieser Welt. Als «Schuldige» der zerstörerischen Kriege, als «Schuldige» des (angeblich) menschengemachten Klimawandels, als «Schuldige» der Ausbeutung der Dritten Welt, als «Schuldige» per se wird uns von Seiten der Politik, Medien und Wissenschaft eine Verpflichtung zur bedingungslosen Aufnahme aller Menschen dieser Welt auferlegt – mit sehr absehbaren Folgen!

Das Haus brennt lichterloh, es ist an der Zeit aufzuwachen!

von dd.

Quellen:

<https://www.expresszeitung.com/geld-wirtschaft/globalisierung/662-globaler-pakt-fuer-migration>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Migrationspakt - unser globales Schicksal? - www.kla.tv/Migrationspakt

#MeinungUngeschminkt - ungeschminkt - www.kla.tv/MeinungUngeschminkt

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.